

Mißbrauch durch Zeitungsmonopole?

Die Rolle des Journalisten im Konkurrenzkampf der Zeitungen

Von Hans Dawill

Jedes Monopol birgt die Gefahr des Mißbrauchs in sich. Es kann wohl kaum noch einen Zweifel daran geben, daß bestehende Monopole auf dem Gebiet der Presse zu Mißbrauch führen - im lokalen, im regionalen und im überregionalen Bereich. Deshalb erscheint es verständlich, wenn die Forderung nach Beseitigung der Monopole auf dem Gebiet der Presse erhoben wird.

Solche Forderungen geraten sofort in den Widerstreit der Meinungen darüber, ob eine Einschränkung der Verfügungsgewalt des Besitzers von Zeitungen verfassungsgemäß zulässig sei. Auf der letzten Presstagung der Katholischen Akademie Tutzing bescheinigten zwei Wissenschaftler (Prof. Dr. Ulrich Scheuner, Bonn, und Prof. Dr. Bruno Prisch, Zürich) den Zeitungsverlegern, daß die privatwirtschaftliche Struktur der Presse der harmonischen Eingliederung der Presse in die Wirtschaftsordnung nach dem Grundgesetz entspreche. Andere Wissenschaftler vertraten die Auffassung, daß Eingriffe in die Gewerbefreiheit von Zeitungsverlegern verfassungsgemäß durchaus zulässig, wenn auch - wegen der Kompetenz der Länder - überaus schwierig zu realisieren wären.

Die Auseinandersetzung über dieses Problem hat gerade erst begonnen. Sie wird lange dauern, ehe von ihr nützliche Vorschläge für eine wirtschaftliche Konstruktion von Presse-Verlagen erwartet werden können, die den Dualismus zwischen wirtschaftlichem Erwerbstreben und öffentlicher Funktion der Presse neutralisieren.

Es wäre unverantwortlich, wollte man tatenlos auf solche Ergebnisse warten. Jeder ist vielmehr verpflichtet, sich Gedanken darüber zu machen, was geschehen soll, damit die im Grundgesetz garantierte öffentliche Funktion der Presse vor einem Mißbrauch durch Monopole nicht bedroht werden kann.

Dabei muß eine weitere Schwierigkeit beachtet werden: Monopole entstehen meist nicht aus reinem Machtbestreben und der Absicht, sie zu mißbrauchen, sondern ganz einfach aus privatwirtschaftlichen und technisch-organisatorischen Notwendigkeiten. Die Leistungsfähigkeit der Pressebetriebe hängt in schnell zunehmendem Maße davon ab, ob die technische Revolution auch auf dem Gebiet der Presse stattfinden kann. Das erfordert ungeheure finanzielle Mittel, die von Zwergunternehmen nicht aufgebracht werden können. Der immer wieder beklagte Schrumpfungsprozeß ist also ein natürlicher Vorgang, der auch unter völlig anderen wirtschaftlichen oder gesetzlichen Voraussetzungen höchstens verzögert werden könnte.

Unter solchen Umständen sollen Überlegungen darauf gerichtet sein, den Mißbrauch durch Monopole im Rahmen der bestehenden Verhältnisse soweit wie möglich auszuschalten. Dafür ist

- * die Organisation der Verlage als Stiftungen
- * oder als Genossenschaften

empfohlen worden. In solchen Stiftungen oder Genossenschaften müßte ein Gremium selbständig denkender, unabhängiger Persönlichkeiten darüber wachen, daß die grundsätzliche, politische, weltanschauliche,

wirtschaftliche Zieleetzung der Zeitung im Widerstreit zwischen dem Erwerbsstreben des Verlags und der Unabhängigkeit der Redaktion nicht unter die Räder gerät.

Die Umwandlung eines Zeitungsverlages in eine Stiftung oder Genossenschaft könnte vorerst nur durch f r e i w i l l i g e Entscheidung des Verlegers erfolgen. Weil eine solche Entscheidung kaum sehr häufig fallen wird, und weil sich die Parteien im Bundestag kaum zu einem gesetzlichen Zwang entschließen werden, müßte versucht werden, durch andere gesetzliche Maßnahmen wenigstens die journalistische Position in den Verlagen zu stärken.

In Frankreich ist es den Redakteuren von LE MONDE gelungen, Gesellschafter ihres Verlags zu werden. Dadurch sind die in diesem Betriebe beschäftigten Journalisten in der Lage, von beabsichtigten Veränderungen der grundsätzlichen Haltung der Zeitung oder von anderen Änderungen, die für das redaktionelle Programm von Bedeutung sein können, rechtzeitig Kenntnis zu erhalten, sie mitzuberaten, und sie vielleicht sogar abzulehnen. Die Zuteilung von Gesellschaftsanteilen an die Redaktion war das Ergebnis eines Kampfes um den Chefredakteur Hubert Beauvieux-Méry. Er wurde abgesetzt, weil seine Außenpolitik den Gesellschaftern nicht mehr paßte. Die Redakteure stellten sich geschlossen hinter den Chefredakteur, erzwangen seine Wiedereinsetzung und die Übergangung eines Gesellschaftsanteils mit Sperrminorität an eine von ihnen gegründete Aktiengesellschaft.

Dieses Ergebnis konnte nur auf Grund zweier gesetzlicher Bestimmungen erzielt werden:

- * 1. durch die gesetzlich verankerte Gewissensklausel, die den Redakteur berechtigt, sofort auszuschneiden, wenn die Tendenz des Blattes geändert wird;
- * 2. durch den gesetzlich fixierten Anspruch jedes Redakteurs auf eine Abfindung beim Verkauf der Zeitung, bei der Einstellung ihres Erscheinens oder bei Änderung in ihrem Charakter oder in ihrer Orientierung. Die Zahl der als Abfindung zu zahlenden Monatsgehälter richtet sich nach der Zahl der Jahre der Betriebszugehörigkeit des Redakteurs.

Nur auf Grund dieser gesetzlichen Vorschriften war es der Redaktion von LE MONDE möglich, sich gegenüber den Kapitalgesellschaftern des Blattes zu behaupten und den Welt Ruf der Zeitung zu wahren, den sie mit ihrem Chefredakteur erworben hatte.

Gewiß ist eine Sperrminorität der Redaktion kein Allheilmittel gegen alle Möglichkeiten der einseitigen Beeinflussung der unabhängigen Haltung einer Zeitung, aber sie ist ein wichtiges Instrument dazu. Auf der letzten Pressetagung der Evangelischen Akademie Loccum sagte ein Verleger etwa folgendes: Bei der privatkapitalistischen wirtschaftlichen Prinzipien zu befolgen, wenn er sich und sein Unternehmen nicht selbst aufgeben wolle. Die Beachtung dieser Prinzipien bringe ihn andererseits unausweichlich in einen Konflikt mit der öffentlichen Funktion der Presse. Um diesen Dualismus so weit wie möglich zu entschärfen, müßten alle Möglichkeiten genutzt werden. Dazu gehöre vor allem die Stärkung der Position der Journalisten auch mit gesetzlichen Vorschriften, wie sie in Frankreich bereits bestehen.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren mehrfach erlebt, daß leitende Redakteure, die vom ersten Tage der Lizenzerteilung an zusammen mit ihrem Verleger dafür gesorgt haben, daß ihre Zeitung zu einem bedeutenden Träger der Information und der

Meinungsfreiheit wurde, von heute auf morgen hinauskomplimentiert wurden. Diese leitenden Redakteure haben lediglich das Recht der Fortzahlung ihrer Bezüge bis zum Ablauf der vertraglich vereinbarten Kündigungsfrist; Bezüge aus einem anderen Arbeitsverhältnis müssen sie sich auf ihre Ansprüche gegen den alten Verlag anrechnen lassen.

Diese Folge des von Verlegern als den Besitzern einer Zeitung beanspruchten Alleinbestimmungsrechtes ist mehr als problematisch. Immerhin hatten die betroffenen Journalisten ebenso wie ihre Verleger bei Gründung der Zeitungen unter den gleichen wirtschaftlichen und meist auch gesinnungsmäßigen Bedingungen und Voraussetzungen den Auf- und Ausbau der betreffenden Betriebe gewährleistet.

Wenn die in Loccum von einem Verleger bekundete Einsicht sich nicht bald durchsetzt, dann besteht wenig Hoffnung darauf, daß der Mißbrauch durch Monopole jemals ausgeschaltet werden könnte.

+ + +

Zehn Jahre Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

Licht- und Schattenseiten

sp - Vor zehn Jahren erfolgte in Rom die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), von der im Laufe der folgenden Jahre gewaltige Impulse für den wirtschaftlichen Aufschwung Westeuropas ausgingen. Für sich allein hätte das kein Land schaffen können. Die Bildung zum wirtschaftlichen Großraum hin trug seltensreiche Früchte. Heute ist die Sechsergemeinschaft die größte Handelsmacht der Welt, das reale Bruttosozialprodukt wuchs innerhalb der zehn Jahre um mehr als die Hälfte, die Industrieproduktion stieg um zwei Drittel, die Einkommensentwicklung ging steil nach oben und die vollständige Abschaffung der Zölle, für den 1. Juli 1968 vorgesehen, wird die letzten noch bestehenden Schranken für einen freien Handelsaustausch beseitigen. Die Ausstrahlungskraft der EWG reicht in weite Teile der Welt hinein, viele Länder sind durch Assoziation mit der Wirtschaftsgemeinschaft verbunden und nehmen teil an ihren Erfolgen. Für die Kommunisten bedeutet der Erfolg der EWG den Zusammenbruch des Kernstücks ihrer Theorie, wonach "kapitalistische Staaten" auf die Dauer zur Zusammenarbeit nicht fähig wären und an ihren inneren Widersprüchen zugrunde gehen müßten...

Aber wo Licht ist, gibt es auch Schatten. Den Engländern und auch anderen betrittsfreudigen Ländern blieb, entgegen dem Geist der Römischen Verträge, das Tor zur EWG aufgrund des Einspruchs eines Mitgliedstaates zunächst verschlossen. Das ist ein schwerer Rückschlag, der zu Lähmungserscheinungen führen kann und die einst weitgespannten Hoffnungen auf einen auch politischen Zusammenschluß des nichtkommunistischen Europa zurückschraubt. Bis dorthin ist eine weite und mit Schwierigkeiten gepflasterte Wegstrecke zurückzulegen. Die Gemeinschaft selbst aber kann nicht mehr auseinanderbrechen; das verbietet das Interesse ihrer Mitglieder.

+ + +

- 4 -

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt

Es fehlen immer noch 2,2 Millionen Wohnungen

hl - In den nächsten zehn Jahren müssen in der Bundesrepublik noch mindestens vier Millionen Wohnungen gebaut werden. Der gegenwärtige Fehlbestand macht 2,2 Millionen aus. Die Bevölkerung steigt zudem. Der Bau von 400 000 Wohneinheiten jährlich bis 1978 ist erforderlich. Möglicherweise wird die Zahl noch steigen, wenn die Ergebnisse der Wohnungszählung Mitte 1969 vorliegen. An die Sanierung der Altstadtkerne und der oft 100 Jahre alten Wohnungen in den kleinen Städten und Dörfern muß gedacht werden.

Mit Recht hat Bundeswohnungsbauminister Lauritz Lauritzen (SPD) in Bonn die Auffassung vertreten, daß man der Förderung von Mietwohnungen wieder Vorrang vor der Eigenheimförderung geben sollte. Viele deutsche Großstädte erleben eine Bevölkerungsexplosion. Neue Industrien werden heranwachsen. In den Ballungsräumen läuft es auf moderne und mit großem Komfort ausgestattete Neubauwohnungen hinaus.

Das Ziel aller Wohnungsbaupolitik muß aber sein, daß mindestens zwei Prozent aller Wohnungen in der Bundesrepublik leerstehen. Das ist notwendig, damit jedermann in abschbarer Zeit auf dem Wohnungsmarkt die freie Auswahl hat. Das ist ferner notwendig, um die Wohnungsmieten - wie es der freien aber sozialen Marktwirtschaft gebührt - nach den Maßstäben von Angebot und Nachfrage einpendeln zu lassen.

In diesen Tagen um die Jahreswende haben Wohnungsbaugesellschaften und Hauswirte vielen ihrer Mieter eine wenig angenehme Überraschung beschert. Eine Reihe von Hauseigentümern haben den Mietern schriftlich zu verstehen gegeben, daß Mieterhöhungen bis zu 60 Prozent eintreten werden. Die Umstellung der Umsatzsteuer auf die Mehrwertsteuer macht einen Teil der Mieterhöhungen aus. Viele Gesellschaften haben die Verwaltungsgebühr pro Jahr von etwa 30,- DM gegenwärtig auf 85,50 DM heraufgesetzt. Auch Strom, Gas, Wasser, Fernheizung, Müllabfuhr und Abwässerung werden teurer. Hinzu kommt die sogenannte Umschuldungsaktion in einigen Bundesländern.

Der Staat zieht aus den Sozialwohnungen seine Gelder heraus, die bislang mit 0,5 Prozent zu verzinsen und mit einem Prozent zu tilgen waren. Stattdessen werden Kapitalmarktmittel zu sieben Prozent Zinsen und einem Prozent Tilgung hereingenommen. Auf diese Weise wollen die Bundesländer Mittel in die Hand bekommen, um den sozialen Wohnungsbau weiter betreiben zu können. Die Mieter müssen mehr zahlen.

Das Jahr 1968 dürfte das Jahr der größten Mieterhöhungen seit der Währungsreform werden. Diese Mieterhöhungen werden wohl nicht durch Preisnachlässe vor dem Hintergrund der Mehrwertsteuer auf dem Sektor von Bekleidung und Lebensmittel aufgefangen. Man muß also den Gewerkschaftsforderungen nach höheren Löhnen und Gehältern ein gewisses Recht zusprechen. Daneben wird man nicht umhin können, die Wohngefehlzählungen auszubauen, unbürokratischer zu handhaben und ihnen den Geruch einer Wohlfahrtsunterstützung zu nehmen.

Tauziehen um die Staatsform in Spanien

Umsturz in Griechenland belebt spanische Monarchie-Diskussion

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Die Absetzung des griechischen Königs Konstantin, dessen Schwester Sophia sich an der Seite ihres Gemahls, des spanischen Thronbewerbers Juan Carlos, Hoffnungen auf den verwaisten spanischen Thron macht, belebte außerordentlich die nie verstummende und oftmals unterchwellige innerspanische Diskussion um die Zukunft des spanischen Königtums. Am Beispiel der griechischen Monarchie demonstrierten in Madrid die Anhänger und die Gegner einer monarchistischen Lösung ihre Stellungnahme zu den noch immer ungelösten Fragen der künftigen Regierungsform des eigenen Landes.

Zwei Tendenzen wurden sichtbar: die Monarchisten, die für den gestürzten König der Hellenen Partei ergriffen, sowie ihre linksfalangistischen Gegenspieler, denen - so zu urteilen nach ihren öffentlich vorgelegten Grundsätzen - der wohl krause Gedanke einer "faschistischen Volksrepublik" vorschwebt.

Eine Monarchie-Debatte im spanischen Ständeparlament kann in absehbarer Zeit nicht stattfinden, weil dies den existierenden Grundgesetzen zuwiderliefe. Als Podium, um in der Öffentlichkeit zu wirken, haben sich beide Fraktionen des spanischen Systems die ihnen zur Verfügung stehende Presse ausgesucht. Verteidigten die monarchistischen Blätter "die edlen Motive des griechischen Königs", so machten die linksfalangisten eine Gegenrechnung auf, die sie selbstverständlich auch auf die Verhältnisse in Spanien anwendbar erachteten. Das Syndikatsorgan "Pueblo" verteidigte die griechische Monarchie als erzreaktionär und überlebt. Damit deutete es an, daß auch in Spanien die Wiedereinführung des Königtums gleichermaßen unpopulär sein würde. Das linksfalangistische "Diario SP" schaltete auf gleiche Welle und zählte genüßlich die Reichtümer des Königs der Hellenen und reichen Staatsoberhauptes eines armen Volkes auf.

Genau ein Jahr vor dem Sturz des griechischen Königs hatte ein Referendum die Monarchie als Spaniens künftige Staatsform bekräftigt. Seither rühren die Falangisten die Werbetrommel für die Eindämmung des monarchistischen Einflusses, der gerade im entscheidenden Machtfaktor, in der Armee, sehr stark spürbar ist. Der oft zitierte "Mann auf der Straße" empfindet die einheimische Pressereaktion auf den Sturz des griechischen Herrschers als ein Tauziehen zwischen den in der Frage der Wiedereinführung der Krone auseinanderstrebenden Kräften des eigenen Regimes. Wie die Diskussion ausgehen wird, dürfte vorerst gleichgültig sein; Staatschef Franco zieht es einstweilen vor, die Gretchenfrage der staatlichen Zukunft Spaniens vor sich herschieben und überstürzte Lösungen zu vermeiden. Doch man sollte sich nicht täuschen: Im Jahr 1968 wird die Monarchie wieder zur akuten Frage, denn der von Franco begünstigte Prinz Juan Carlos vollendet dann sein 30. Lebensjahr und kann nach den Bestimmungen des neuen "organischen Gesetzes" zum König ausgerufen werden. Das Offizierskorps und der Adel werden eine solche Proklamation zweifellos unterstützen. Wie aber wird sich die Falange verhalten, die Kerntruppe des spanischen Regimes?